



Verunsicherte Bevölkerung

Über 3000 neue Waffenscheine in NRW im Januar

Nach der Silvesternacht explodieren die Antragszahlen für kleine Waffenscheine. 3.089 mehr als im Vormonat gab es Ende Januar in Nordrhein-Westfalen.

Insgesamt sind 73.846 kleine Waffenscheine in NRW zum Stichtag 31.01.2016 registriert gewesen, wie aus der Antwort des Landesinnenministers auf meine parlamentarische Kleine Anfrage hervorgeht. Das bedeutet einen Anstieg um 4,3 Prozent der Gesamtanzahl alleine im Januar 2016 und eine Steigerung von 855 Prozent zum Vergleichswert aus dem Januar 2015 (361 Waffenscheine).

Schon im vergangenen Jahr verdoppelte sich die Anzahl der neu genehmigten kleinen Waffenscheine: Waren 2014 2.601 neue Waffenscheine ausgestellt worden, waren es 2015 bereits 5.205. Dieser Wert dürfte 2016 erheblich überboten werden. Die Unfähigkeit der Landesregierung, für eine gut aufgestellte und ausreichend ausgerüstete Polizei zu sorgen, führt jetzt zu einem Besorgnis erregenden Bedürfnis in der Bevölkerung, sich selbst besser zu schützen – ein weiteres deutliches Signal, dass die Polizei NRW ganz dringend verstärkt werden muss. Mehr dazu: <http://kurzlink.de/GG160224>; Beitrag Rheinische Post: <http://kurzlink.de/RP160224>; Beitrag Westfälische Nachrichten: <http://kurzlink.de/WN160224>

Besuch beim Abgeordneten

Brühler Realschüler zu Gast im Landtag

Eine 9. Klasse der Elisabeth-von-Thüringen-Realschule in Brühl hat an einem Schülerprogramm im Landtag teilgenommen und sich bei der Gelegenheit zu einem Gespräch mit mir getroffen.



Ich habe mich über den Besuch aus meiner Heimatstadt sehr gefreut und mit den Schülern, die von ihren Lehrern Mechthild Wagner und Sebastian Pertzborn begleitet wurden, rund eine Stunde lang über meine politische Arbeit und aktuelle Themen diskutiert. Es ging dabei vor allem um die Problematik der Unterbringung von Flüchtlingen sowie um die Folgen der Lage im Nahen Osten. Näheres: <http://kurzlink.de/GG160224Realschule>

Umweltaktivisten

Hambacher Forst entwickelt sich zum rechtsfreien Raum

Nach den erneuten Ausschreitungen, bei denen bis zu 40 verummumte Personen Arbeiter und Sicherheitsleute angegriffen haben, fragten mein Dürener Fraktionskollege Josef Wirtz und ich nach, was die Landesregierung gegen das zunehmende Gewaltpotential unternehmen will.

Die Antwort fällt leider ernüchternd aus: Es gibt kein konkretes Sicherheitskonzept zum Schutz vor gewaltbereiten Aktivisten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit über vier Wochen wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Nötigung und anderen Straftatbeständen. Ein Aktivist sitzt seit dem Vorfall in Untersuchungshaft. Seine Identität ist den Behörden weiterhin unbekannt, weil er jegliche Aussage verweigert. Die Lage spitzt sich immer mehr zu. Die Aktivisten führen den Rechtsstaat vor. Der verantwortliche Innenminister sorgt nur halbherzig für den Schutz der Arbeiter am Tagebau Hambach und die Aufklärung der Ermittlungsverfahren. Lesen Sie hier die ganze Antwort: <http://kurzlink.de/GG160224Aktivisten>